

afrika-bulletin

Mai / Juni 2017
Fr. 5.-/Euro 5.-



Die Schuldenfalle



Elísio Macamo ist Professor für Afrikastudien an der Universität Basel. Kontakt: elisio.macamo@unibas.ch.

Am 1. September 1999 wurden Mozambique, als einem der am höchsten verschuldeten Länder der Welt, die Schulden erlassen. Die Bedingung dafür war einfach: Mozambique musste beweisen, dass es sehr arm sei. Bis zur Entscheidung hielt das Land den Atem an. Als der Internationale Währungsfonds (IWF) am besagten Tag bestätigte, dass Mozambique die Kriterien erfülle, ging ein Jubelschrei durch das Land: «Jaaa, wir sind arm!» Es war demütigend, aber den Mozambikanern und Mozambikanerinnen war das in dem Moment egal.

Gefeiert wurde jedoch nicht der Schuldenerlass – denn darum ging es Mozambique nicht unbedingt – sondern das grüne Licht für die Aufnahme neuer Darlehen. Der Erlass bedeutete schlicht und ergreifend, dass Mozambique über Nacht kreditwürdig geworden war. Es dauerte nicht lange, bis IWF und Weltbank neue Darlehen gewährten. Mit dem Ressourcenboom kamen weitere Anreize hinzu, welche auch vermehrt private Kreditgeber ins Spiel brachten. In Mozambique zeigte sich vielleicht am deutlichsten eine Tendenz, die überall in Afrika zu beobachten war. Im Namen der Entwicklung tappten viele Regierungen in eine Falle, welche die Bedingungen verdeutlicht, unter denen die Weltwirtschaft Spätstarter einfängt und festhält.

Nicht die Schulden an sich sind eine Falle, sondern die Funktionsweise der Weltwirtschaft, die im wahrsten Sinne des Wortes eine Vorrichtung zum Einfangen geworden ist – zum Einfangen von Entwicklungsländern, wohl gemerkt. Irgendwann muss in der Entwicklungspolitik und im ökonomischen Denken die Einsicht Einzug halten, dass die Integration in die Weltwirtschaft nur in Ausnahmefällen reibungslos verläuft. Von welchen Faktoren eine reibungslose Einbeziehung abhängt, wissen wir nicht so genau. Die Erklärungen, die man immer wieder hört oder liest, wonach die asiatischen Tiger alles richtig gemacht hätten, sind jedenfalls nicht stichhaltig. Sie haben die Qualität eines Zirkelschlusses: man ist erfolgreich, weil man erfolgreich ist.

Entwicklung ist eine grosse Herausforderung. Diese besteht nicht darin, sich zu entwickeln, sondern darin, sich in einer neuen Welt (der kapitalistischen Marktwirtschaft) zurechtzufinden. Es genügt nicht, die einzubeziehenden Länder einfach den strukturellen Risiken der Marktwirtschaft auszuliefern. Es gilt, sie zu schützen – und zwar längerfristig – wohlwissend, dass Erfolg nicht garantiert ist. ■

Ich wünsche eine anregende Lektüre!

Elísio Macamo

Impressum

Ausgabe 166 | Mai/Juni 2017

ISSN 1661-5603

Das «Afrika-Bulletin» erscheint vierteljährlich im 42. Jahrgang.
Herausgeber: Afrika-Komitee, Basel, und Zentrum für Afrikastudien Basel.

Redaktionskommission: Veit Arlt, Susy Greuter, Elísio Macamo, Barbara Müller und Hans-Ulrich Stauffer

Das Afrika-Komitee im Internet: www.afrikakomitee.ch
Das Zentrum für Afrikastudien im Internet: www.zasb.unibas.ch

Redaktionssekretariat: Beatrice Felber Rochat
Afrika-Komitee: Postfach 1072, 4001 Basel, Schweiz
Telefon (+41) 61-692 51 88 | Fax (+41) 61-269 80 50
E-Mail Redaktionelles: afrikabulletin@afrikakomitee.ch
E-Mail Abonnemente und Bestellungen: info@afrikakomitee.ch

Postcheck-Konto: IBAN CH260900 0000 4001 77543

Für Überweisungen aus dem Ausland:
in CHF: Migros Bank, IBAN CH95 0840 1016 1437 3770 7
in Euro: Postkonto, IBAN CH40 0900 0000 9139 8667 9
(Bic SwiftCode: POFICHBEXXX; Swiss Post, PostFinance, CH-3000 Bern)

Mitarbeitende dieser Ausgabe: Veit Arlt (Red.), Gertrud Baud, Pius Frey, Elisa Fuchs, Susy Greuter (Red.), Bruno Gurtner, Jürgen Kaiser, Elísio Macamo, Barbara Müller (Red.), Tirivangani Mutazu, Kristina Rehbein, Markus Schär, Hans-Ulrich Stauffer (Red.)

Druck: Rumzeis-Druck, Basel

Inserate: Gemäss Tarif 5/99, Beilagen auf Anfrage
Jahresabonnement: Fr. 30.–/Euro 30.–
Unterstützungsabonnement: Fr. 50.–/Euro 40.–
Im Mitgliederbeitrag von Fr. 60.–/Euro 50.– ist das Abonnement enthalten.

Redaktionsschluss Nummer 167: 15. Juli 2017
Schwerpunktthema: Filmschaffen

Schwerpunktthemen der nächsten Ausgaben: Kampf gegen die Illicit Financial Flows. Interessierte an einer Mitarbeit sind eingeladen, mit der Redaktion Kontakt aufzunehmen.

Unser Titelbild: Infrastruktur ist Hauptziel der Investitionen auf dem afrikanischen Kontinent (Bild: Covergrafik des Berichts «Programme for Infrastructure Development in Africa: Interconnecting, Integrating, and Transforming a Continent», publiziert 2010 von der Afrikanischen Union).

Erhöhter Kapitalfluss in Richtung Afrika

Gefahr einer neuen Schuldenkrise

Steigende Schuldenindikatoren weisen auf die wachsende Verschuldung einer grösser werdenden Gruppe von afrikanischen Ländern hin. Kristina Rehbein und Jürgen Kaiser zeichnen die Gründe für diese beunruhigende Entwicklung nach.

Afrika südlich der Sahara profitierte seit Ende der 1990er Jahre von weitreichenden Schuldenerlassen im Rahmen der Heavily Indebted Poor Countries' Initiative und der Multilateral Debt Relief Initiative. 30 der 36 bislang entschuldeten Länder liegen in Afrika, alle bis auf eines südlich der Sahara. Den meisten Ländern gelang durch die Entschuldung ein wirtschaftlicher Neuanfang. Die Schuldenerlasse waren zusammen mit den guten Wachstumsaussichten aber auch der Grund dafür, dass viele Länder seither wieder neue Kredite aufnehmen konnten – häufig nicht mehr wie zuvor von Regierungen oder der Weltbank, sondern zu schlechteren Bedingungen an den internationalen Kapitalmärkten.

Die Kehrseite dieses an sich positiven Zugangs zum Kapitalmarkt ist aber die Gefahr neuer Schuldenkrisen. Seit der globalen Finanzkrise 2008/2009 kann ein steter Anstieg der zunächst noch relativ niedrigen Schuldenindikatoren beobachtet werden. Ende 2015 erreichte diese in einigen afrikanischen Ländern erstmals wieder bedrohliche Ausmasse.

Neues Schuldenrisiko

Der Internationale Währungsfonds (IWF) bescheinigte Anfang 2017 neun afrikanischen Ländern ein hohes Überschuldungsrisiko und zwanzig weiteren ein «mittleres». Letzteres bedeutet, dass diese Länder zwar gemäss Basisszenario des IWF unterhalb der kritischen Grenzwerte für Überschuldung bleiben. Aber bereits kleine Abweichungen von den zumeist sehr optimistischen Annahmen des IWF können das betreffende Land schnell an den Rand der Zahlungsunfähigkeit bringen.

Im Schuldenreport 2017 zeigt erlassjahr.de, dass weltweit 116 Länder Schuldenindikatoren im kritischen Bereich aufweisen, acht mehr als im letzten Jahr. 40 dieser Länder liegen in Afrika, das sind vier mehr als noch im Vorjahr. Afrikanische Länder mit besonders hohen Schuldenindikatoren sind Gambia, Sao Tomé & Principe, Mauritius und Zimbabwe.

Einige afrikanische Länder haben im Verhältnis zu ihrer Wirtschaftsleistung moderate Schuldenbelastungen, weisen aber einen sehr beunruhigenden Trend auf, indem sich nämlich alle (fünf) Indikatoren der Analyse von erlassjahr.de zwischen 2011 und 2015 deutlich verschlechtert haben. Es sind dies Mali, Lesotho, Kamerun, Ruanda, Kenya, Marokko, Senegal, Zambia und Tunesien.

Schliesslich gibt es dann noch die Gruppe derjenigen Länder, bei denen beide Faktoren – ein extrem negativer Trend und hohe aktuelle Schuldenindikatoren – zusammenkommen: Ghana, Mozambique, Mauretanien und Gambia. Das sind die Länder, bei denen eine Zahlungseinstellung in nächster Zeit am wahrscheinlichsten eintritt bzw. bereits eingetreten ist (siehe dazu den Artikel zu Mozambique in diesem Heft).

Was sind die Gründe für die steigenden Schuldenindikatoren? Westliche Entwicklungspolitiker und -politikerinnen sehen darin eine zwangsläufige Folge des beträchtlichen Finanzierungsbedarfs für den Ausbau der unzulänglichen Infrastruktur vieler afrikanischer Länder. Tatsächlich fliesst ein erheblicher Teil der neu aufgenommenen Kredite in genau diesen Bereich. Trotzdem ist dieser «afrikanische» Grund für die Neuverschuldung allenfalls die Hälfte der Wahrheit. Denn unzulänglich waren Strassen, Eisenbahnen, Wasserversorgung usw. in Afrika auch schon vor zwanzig Jahren.

Ursachen des massiven Kapitalflusses

Warum fliesst gerade jetzt Kapital im grossen Stil nach Afrika? Der Hauptgrund liegt in den niedrigen Zinsen auf den westlichen Kapitalmärkten. Wer in deutsche oder schweizerische Anleihen investiert, bekommt darauf keine oder nur minimale Zinsen. Zwischen fünf und 15 Prozent, welche von afrikanischen Emittenten von Hartwährungsanleihen zu bekommen sind, erscheinen demgegenüber hoch attraktiv und treiben den Kredittourismus an.

Zwei jüngere weltwirtschaftliche Trends drohen aus den so gewachsenen neuen Schuldenbergen erneut Schuldenkrisen zu machen: Zum Ersten unterliegen die Weltmarktpreise für die meisten Rohstoffe seit 2014 einem starken Verfall. Zum Zweiten reagieren die Kapitalmärkte, die lange auf die Anhebung der Leitzinsen in den USA gewartet haben, äusserst nervös.

Bei ärmeren Ländern schlägt sich die Kapitalmarktvolatilität in höheren Zinsen nieder. Wurde Zambia 2012 seine erste Staatsanleihe noch zu einem Zinssatz von 5,6 Prozent los, waren es bei der Anleiheemission 2015 bereits 9,4 Prozent. Angola, das 2015 zum ersten Mal eine Staatsanleihe ausgab, musste einen Zinssatz in Höhe von 9,5 Prozent in Kauf nehmen. Wachstumsraten in dieser Höhe sind selbst in Afrika unrealistisch. Das bedeutet, dass ein wachsender Anteil der öffentlichen Einnahmen langfristig für die Bedienung von Auslandsschulden aufgewendet werden muss.

Ein solches Szenario stand in den 1980er Jahren am Anfang dessen, was dann «die Schuldenkrise der Dritten Welt» genannt wurde. ■

Kristina Rehbein und Jürgen Kaiser arbeiten für die deutsche NGO erlassjahr.de, die auf Verschuldungsfragen spezialisiert ist. Im Vorfeld des G20-Gipfels in Hamburg vom Sommer dieses Jahres hat erlassjahr.de am 17. März zusammen mit 189 weiteren Organisationen die Kampagne «Entwicklung braucht Entschuldung jetzt!» lanciert.
Kontakt: j.kaiser@erlassjahr.de, k.rehbein@erlassjahr.de.

Soziale und politische Konsequenzen der Ve

Das fordert die Zivilgesellschaft von den Geberstaaten

Ein Jahrzehnt nach der weltweiten Bewegung für Schuldenstreichung sehen sich viele afrikanische Länder erneut mit Schuldenproblemen konfrontiert. Tirivangani Mutazu von Afrodad beschreibt die Mechanismen des internationalen Finanzsystems, die dies bewirken, und weist auf die Unterschiede zu früheren Schuldenkrisen hin. Um zukünftige Schuldenkrisen zu vermeiden, fordert Afrodad eine Reform der globalen Finanzarchitektur, die sowohl Kreditgeber wie Kreditnehmer in die Pflicht nehmen soll.

Die Schuldenindikatoren vieler afrikanischer Länder haben mit 90 Prozent des Bruttosozialproduktes problematische Schwellenwerte erreicht. Dies, obwohl ein grosser Teil ihrer Schulden unter dem Schuldenerlassprogramm der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) abgeschrieben wurde – 1999 mit der HIPC Initiative (Heavily Indebted Poor Countries) und 2005 mit der Multilateralen Schuldenerlass Initiative (MDRI).

Die Analyse des IWF zur Schuldennachhaltigkeit vom Februar 2017 enthält eine Liste von elf afrikanischen Ländern, bei denen bereits Schuldennotstand besteht, oder die ein hohes Risiko dafür aufweisen. Bei den letzteren handelt es sich um Burundi, Kamerun, Cap Verde, Zentralafrikanische Republik, Tschad, Djibouti, Ghana, Mauritien, Sao Tomé & Príncipe. Dagegen ist der Schuldennotstand im Falle des Sudans und Zimbabwes bereits eingetroffen. Der Preissturz beim Rohstoffexport, die Abwertung lokaler Währungen gegenüber dem Dollar und Enthüllungen über zuvor versteckte Schulden haben zu einer signifikanten Erhöhung der Auslandschulden dieser Länder geführt.

Zukünftige Schuldenkrisen Afrikas können nur mit sehr viel grösseren Anstrengungen vermieden und gelöst werden als die bisherigen, weil die Schuldenlandschaft komplexer geworden ist. Heute umfasst sie sehr viel mehr private, bilaterale und multilaterale Gläubiger und überdies Finanzinstrumente, welche von den Gläubigerinstitutionen wie dem Pariser Club, die sich traditionellerweise mit den afrikanischen Schuldenproblemen befassten, nicht abgedeckt wurden.

Heute sind Schuldenkrisen auch nicht mehr ausschliesslich auf den globalen Süden beschränkt – sie treffen alle Gegenden der Welt. Die Erfahrungen der europäischen Schuldenkrise in Griechenland, Spanien, Portugal, Island und Italien illustrieren, dass es sich um ein globales Problem handelt mit sozialen und politischen Konsequenzen auch für die entwickelten Länder.

Soziale und politische Konsequenzen der Überschuldung

Nachdem die afrikanischen Länder Schuldenerlass erhielten, waren sie in der Lage, auf den internationalen Kapitalmärkten Anleihen aufzunehmen. Als Folge von «Anleiheemissionen» hat sich die Schuldenhöhe von Ländern wie Angola, Ghana, Kenia, Cap Verde, Ruanda und Zambia zwischen 2005 und 2015 verdreifacht. Dies vor dem Hintergrund sehr tiefer Zinssätze in den wohlhabenden Industrieländern – während Investoren in Afrika mit Erträgen von zwischen sieben und 15 Prozent rechnen können. Dies hat grosse Kapitalflüsse vom Norden in den Süden zur Folge. Die relativ tiefen Zinssätze haben Länder wie Mozambique, Senegal, Gambia, Ghana und Zambia dazu verleitet, grosse Anleihen aufzu-

nehmen, die sie jetzt kaum zurückzahlen können. Die Situation der Zahlungsbilanz wurde prekär, als die Rohstoffpreise zu sinken begannen. Dies führte ausserdem zu einem Absinken des Steuereinkommens für Volkswirtschaften, die vom Export von Naturressourcen wie Erdöl und Naturgas oder Mineralien abhängen.

Einkommensengpässe bewirken, dass arme Volkswirtschaften ihren Schuldendienst nicht erfüllen können und gezwungen sind, neue Anleihen aufzunehmen, um ihre Grundbedürfnisse zu decken. Sparmassnahmen verschlimmern die Ertragsprobleme zusätzlich. Ausserdem werden Krisenländer zum Ziel spekulativer Finanzakteure.

Die hohe Überschuldung vieler afrikanischer Länder führte in den 1990er und 2000er Jahren zu den vom IWF verordneten Sparprogrammen. Als Folge der Durchsetzung dieser Sparprogramme erreichten Arbeitslosigkeit und Armut ein höheres Niveau als vorher. Afrikanische Länder wie Ghana und Mozambique haben sich kürzlich wieder um Finanzhilfe an den IWF gewandt.

Länder, die notleidende Kredite haben, riskieren zum Angriffsziel sogenannter «Geierfonds» zu werden, wie dies bei Argentinien und Griechenland der Fall war. Diese Geierfonds kauften notleidende Anleihen auf dem sekundären Markt zu reduzierten Kosten und weigerten sich in der Folge, sich an den Restrukturierungsverhandlungen zu beteiligen. Die betroffenen Länder sahen sich daraufhin gezwungen, den vollen Preis zu zahlen, um mögliche Klagen zu vermeiden. Damit erzielten die Geierfonds riesige Profite zu Lasten der Volkswirtschaften der verschuldeten Länder. Solche Aktionen stellen nicht nur eine Gefahr für das Staatseinkommen armer Länder dar, sie gefährden auch die Schuldenrestrukturierung und den Zugang armer Länder zu Krediten.

2013 waren Guinea, Sierra Leone und Liberia von der Ebola-Epidemie betroffen, die dazu führte, dass diese Länder Mühe hatten, die Grundversorgung ihrer Bevölkerung zu gewährleisten. Die tiefen Ausgaben für die Gesundheitsversorgung verschlimmerten die Epidemie – und führten zu unnötigen Verlusten an Menschenleben. Vor dem Ausbruch von Ebola gaben diese Länder mehr Geld für den Schuldendienst als für die öffentliche Gesundheit aus.

Die Forderungen der Zivilgesellschaft

1 Einrichtung eines neuen Mechanismus zur Schuldenrestrukturierung

Das Fehlen eines internationalen Mechanismus zur Schuldenrestrukturierung souveräner Schuldner stellt eine ernsthafte Lücke in der internationalen Finanzarchitektur dar. Ein fairer und geregelter Mechanismus könnte Schuldenkrisen vorbeugen, indem nicht nachhaltige Schuldensituationen frühzeitig angepackt, oder wenigstens der angerichtete Schaden

gemildert werden könnte, falls die Schuldenkrise erst spät erkannt wird. Es ist entscheidend, dass dem räuberischen Geldgeberverhalten Einhalt geboten wird, Krisen verhindert, die Stabilität des Finanzsystems gefördert, Schuldenlasten reduziert und verantwortungsvolle Kreditvergabe und -nahme gefördert werden.

2 *Erlass von Regulierungen für die verantwortungsvolle Kreditvergabe und -nahme*

Prinzipien der verantwortungsvollen Kreditvergabe und -nahme verhindern zukünftige Schuldenkrisen und stärken Transparenz und Rechenschaftspflicht, wodurch sie die Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger bei ökonomischen Entscheidungen erlauben, die deren Leben beeinflussen. Wenn wir verhindern wollen, dass fahrlässige Kreditvergabe und -nahme Schuldenkrisen und Armut befördern, dann ist es klar, dass ein Schrittwechsel nötig ist bezüglich der Standards, die sowohl von Gläubigern wie von Schuldner zu befolgen sind. Solche Standards müssen dann auch durchgesetzt werden.

Dies würde bedeuten, dass Kreditaufnahmen durch demokratische Institutionen wie Parlamente und legitimierte Institutionen bewilligt werden müssen. Jeder Kreditvertrag muss in Übereinstimmung mit nationalen und internationalen Gesetzen stehen, die Zahlungsfähigkeit des Schuldnerlandes berücksichtigen, vertretbare Zinsen und Gebühren festsetzen, transparent sein, keine schädlichen Konditionalitäten bezüglich der Politikgestaltung enthalten, zukünftige räuberische Schuldenklagen ausschließen und Entwicklungsstrategien unterstützen – dies alles unter Verwendung nationaler Strukturen, statt deren Umgehung.

3 *Erhöhung der Staatseinnahmen und Drosselung von Steuervermeidung und -hinterziehung*

Entwicklungsländer verlieren wegen des Versagens des internationalen Systems sehr bedeutende Steuereinkommen, die hunderte von Milliarden Dollar jährlich ausmachen. Dies hat drei Hauptgründe:

- I Internationale Steuerumgehung, wobei multinationale Unternehmen den Geist, wenn auch nicht immer den Buchstaben des Gesetzes unterlaufen, um Steuern zu vermeiden. Experten des IWF schätzen, dass den Entwicklungsländern so mehr als 200 Milliarden Dollar jährlich verloren gehen.

- II Internationale Steuerkonkurrenz, d.h. der schädliche Wettbewerb zwischen Ländern um Privatinvestitionen, indem der Steuersatz herabgesetzt, Anreize angeboten oder unfaire Abkommen ausgehandelt werden, mit suboptimalem Ausgang.

- III Internationale Steuerhinterziehung. Diese beinhaltet unrechtmässige Finanzflüsse (illicit financial flows), wobei es bis jetzt noch keine Schätzungen gibt, wieviel Steuersubstrat den betroffenen Ländern dadurch entgeht. Wegen der Steuerparadiese entgehen den armen Ländern jedes Jahr 170 Milliarden Dollar an Steuereinnahmen.

Schuldenregulierung muss dem Land als Ganzes nutzen

Schuldenrestrukturierungen müssen auch dem Schutz der Menschenrechte verpflichtet sein, sie müssen wirtschaftliches Wachstum fördern und staatliche Ausgaben für die grundlegenden Dienstleistungen ermöglichen. Leider ist es so, dass die Rettungskredite des IWF und seine Anpassungsprogramme sehr langwierig sind und Erneuerung der Kredite an Länder einschliessen, die statt einer Schuldenrefinanzierung eigentlich eine Schuldenreduktion bräuchten. Gegenwärtig sind die Mehrheit der Armen dieser Welt Frauen und Kinder. Die Politik des IWF hat finanzielle Streichungen in der Gesundheitsversorgung, im Erziehungswesen und in der staatlichen Beschäftigung zur Folge. Ein fairer und schneller Prozess der Schuldenregelung würde signifikanten und direkten Nutzen für das Land als Ganzes, besonders aber für die Armen, Frauen und Kinder bringen, die am meisten durch die oben beschriebene Situation betroffen sind. ■

Titivangani Mutazu ist Senior Policy Analyst im Bereich Debt Management bei Afrodad (African Forum on Debt and Development) in Harare. Der Beitrag wurde vom Afrika-Komitee übersetzt. Kontakt: tirim@afrodad.co.zw, www.afrodad.org.

Weiterführende Informationen

- **Übersicht des IWF über die Debt Settlement Arrangements for Low Income Countries:**
<http://tinyurl.com/DSA-Liste>
- **Bodo Ellmers: The evolving nature of developing country debt and solutions for change (Eurodad Discussion Paper), 2016:**
<http://tinyurl.com/Eurodad-Ellmers>
- **Ernesto Crivelli, Ruud De Mooij und Michael Keen: Base Erosion, Profit Shifting and Developing Countries (IMF Working Paper 118), 2015:**
<http://tinyurl.com/IWF-Workingpaper>
- **Alex Cobham und Luke Gibson: Ending the Era of Tax Havens. Why the UK government must lead the way (Oxfam Briefing Paper), 2016:**
<http://tinyurl.com/Oxfam-taxhavens>

Das Wasser fliesst bergwärts

Unlautere Finanzbewegungen machen es möglich

Über Schulden wird viel geschrieben. Seltener thematisiert werden die Geldströme, die nach Massgaben aus dem Süden in den Norden fliessen, die zwischen reichen Ländern gelten. Vieles davon ist nur halb-legal oder illegal. Die Schweiz spielt dabei keine unbedeutende Rolle. Bruno Gurtner fasst zusammen, was über diese «Illicit Financial Flows» bekannt ist und was bislang dagegen getan wird.

Die öffentliche und private Entwicklungshilfe ist und bleibt ein massgeblicher Pfeiler für die Finanzierung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Auch private Finanzflüsse könnten eine bedeutende Rolle spielen. Doch im Unterschied zu den früheren Millenniumsentwicklungszielen, deren Erreichung explizit von externer Finanzierung abhängig gemacht worden waren, kommt heute der Mobilisierung einheimischer Ressourcen eine viel bedeutendere Rolle zu.

Je mehr einheimische Ressourcen mobilisiert werden können, desto kleiner wird die Abhängigkeit von internationalen Finanzierungsinstitutionen und von reichen Ländern. Selbstverantwortung und eigenes Engagement für die Entwicklung nehmen zu. Entwicklungsländer mit hoher Eigenfinanzierung sind besser in der Lage, eigene Prioritäten festzulegen und zu verfolgen.

Doch die Mobilisierung eigener Ressourcen wird niemals erfolgreich sein, wenn der Abfluss von Kapital aus den Ländern nicht gestoppt werden kann. Selbst die OECD – der Club der reichen Länder – musste kürzlich anerkennen, dass für jeden Dollar, der in Form von öffentlicher Hilfe in die Entwicklungsländer floss, drei Dollar aus diesen Ländern wegströmten. Manchmal erfolgte dies legal oder halblegal, sehr oft aber illegal. Es wird unmöglich, eigene Ressourcen angemessen zu mobilisieren, wenn der Kapitalabfluss den Zustrom übersteigt. Die Rechnung ist simpel: $+1 - 3 = -2$.

Illicit Financial Flows

Am schlimmsten sind die halblegalen und illegalen Kapitalabflüsse. Die Fachwelt bezeichnet sie als «Illicit Financial Flows» (IFF) – unlautere und unrechtmässige Finanzflüsse. Seit Jahren schon publiziert der US-amerikanische private Think Tank «Global Financial Integrity» (GFI) erschreckend hohe Zahlen zu diesen schmutzigen Geldern. Gemeint ist damit der grenzüberschreitende Kapitalverkehr in Verbindung mit illegalen und unlauteren Aktivitäten wie z. B. Geldwäscherei, Korruption, Steuerhinterziehung, aber auch illegaler Handel mit Rohstoffen, Pflanzen, Tieren, Drogen und gar Menschen. Zwei Drittel der IFF stammen aus kommerziellen Transaktionen. Rechnungen an Dritte werden mit falschen Preisen versehen. Konzerninterner Handel mit Gütern und Dienstleistungen wird nicht mit marktüblichen Preisen verrechnet (Transfer Pricing). Profite werden in Offshore-Zentren und Steuerfluchthäfen umgeleitet.

Gemäss dem GFI-Bericht vom Dezember 2015 sind im Jahr 2013 1090 Milliarden Dollar aus Schwellen- und Entwicklungsländer abgeflossen. Zum Vergleich: im selben Jahr erhielten die Entwicklungsländer öffentliche Hilfe im Umfang von 99.3 Milliarden Dollar. Zwischen 2004 und 2013 sind zusammengezählt sogar 7850 Milliarden Dollar unlauterer Gelder aus den Ländern des Südens abgezogen worden. Im Durchschnitt wiesen die IFF jährliche Wachstumsraten von 6,5 Prozent auf – fast

doppelt so viel wie das globale Wirtschaftswachstum. Die Zahlen sind seriös, sie werden auch von UNO, Weltbank, IWF, OECD und anderen internationalen Organisationen anerkannt.

Besonders hart trifft die Kapitalflucht die Länder südlich der Sahara. Jährlich verliert Afrika 50 Milliarden Dollar, das ist mehr als das Doppelte der öffentlichen Entwicklungshilfe. Der Verlust beträgt 6,1 Prozent des Bruttoinlandproduktes. 30 Milliarden Dollar stammen aus kommerziellen Transaktionen.

Dämme bauen!

Die UN-Wirtschaftskommission für Afrika (ECA) und die Afrikanische Union wollten diesem Treiben nicht mehr länger zusehen und setzten 2012 ein hochrangiges Panel unter der Leitung des früheren südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki ein.

Das Panel führte zahlreiche Untersuchungen durch. Sein Schlussbericht mit dem attraktiven Titel: «Track it! Stop it! Get it!», veröffentlicht im Jahr 2015, erregte etliches Aufsehen. Er enthält wertvolle Informationen über die Natur, das Ausmass und die Auswirkungen der IFF. Selbstkritisch ortet der Bericht sowohl hausgemachte Faktoren (wie schlechte Regierungsführung, Korruption, Konflikte, mangelnde Kapazitäten) wie auch die Rolle der Länder, in denen die Kapitalien dann landeten.

Die Kommission identifizierte zehn Wirtschaftssektoren, durch welche am meisten unlauteres Kapital abfloss. Nicht überraschend finden sich folgende Bereiche darunter: Erdöl, wertvolle Metalle, Gold, Eisen und Stahl, Kupfer, Fischerei, Bekleidung, Kakao. Die Erkenntnisse des Berichtes sind zahlreich. IFF aus Afrika sind hoch und wachsen ständig. Immer neue Tricks werden dazu angewandt. Afrikanische NGOs entwickelten ihrerseits eine «Beschleunigte IFF-Agenda» mit Postulaten wie Finanztransparenz, öffentliche Unternehmensregister mit vollständiger Angabe der wirtschaftlichen Berechtigten (Beneficial Ownership), Open-Data-Standards, länderweise detaillierte Berichterstattung durch multinationale Konzerne und anderes mehr.

Mittlerweile wurde durch einen neuen Bericht der UN-Wirtschaftskommission für Afrika über die Korruption auch bekannt, dass in 99 Prozent der Fälle von grenzüberschreitender Korruption nicht afrikanische Gesellschaften, sondern internationale Konzerne Bestechungsgelder bezahlt haben. Afrikanische Forderungen nach vermehrten internationalen Anstrengungen sind hochgradig gerechtfertigt.

Zwar hat auf internationaler Ebene das Thema IFF deutlich an Dynamik gewonnen. IWF, Weltbank, UNO, OECD, regionale Entwicklungsbanken und auch einzelne Länder beschäftigen sich mehr oder weniger intensiv mit diesem kapitalen Hindernis für eine nachhaltige Entwicklung. IFF war denn auch im Juli 2015 ein illustres Thema an der internationalen Konferenz in Addis



Für jeden Dollar, der in ein Entwicklungsland fließt, fließen von dort mehr als zwei Dollar in die Geberländer zurück. Den grössten Anteil an diesem Rückfluss haben die illegitimen Transaktionen (Bild: Eurodad 2014).

Abeba über die Finanzierung der Entwicklung. Die entsprechenden Abschnitte in der Schlusserklärung waren dann allerdings mehr im Stil von «wir nehmen zur Kenntnis» und nicht im Sinne konkreter Massnahmen.

Auch die Schweiz bewegte sich

Politische Vorstösse von links gab es schon 2012. Postulate verlangten einen umfassenden Bericht vom Bundesrat. SVP- und FDP-Vertreter wandten sich im Nationalrat dagegen, verloren aber die Abstimmung knapp. Im Oktober 2016 publizierte der Bundesrat nun einen entsprechenden Bericht.

Es ist zu anerkennen: Der Bericht bietet eine umfassende Gesamtschau über die internationalen Bemühungen zur Eindämmung und Unterbindung von Steuerflucht, Korruption, Geldwäscherei und dergleichen. Er zeigt auch detailliert auf, wie die Schweiz bei Steuervermeidung, Korruptionsbekämpfung und Geldwäscherei international mitarbeitet. Der Bericht liefert allerdings praktisch keine Erkenntnisse zur spezifischen Rolle der Schweiz bei diesen unlauteren Finanzflüssen.

Die Postulate verlangten aufzuzeigen, «inwiefern der Finanzplatz Schweiz und die Schweiz als Sitzstaat weltweit tätiger Handelsfirmen in die Problematik unlauterer und unrechtmässiger Finanzflüsse involviert ist...». Dazu schweigt sich der Bericht jedoch aus. Zahlen über die Gewinnverschiebungen aus Entwicklungsländern durch Konzerne mit Sitz in der Schweiz sucht man vergeblich.

Man würde gerne lesen, wie der Bundesrat mit dem Risiko umgehen will, dass aus jenen Entwicklungsländern, die nicht in den Genuss des automatischen Informationsaustausches kommen, nicht noch mehr ungesteuerte Gewinne in die Schweiz fließen. Die FINMA schätzt dieses Risiko als gross ein, weil Banken aus der Schweiz vermehrt in diesen Ländern aktiv werden.

Wir würden gerne erfahren, wie der Bundesrat gewisse Aktivitäten zweifelhafter internationaler Unternehmen mit Sitz in der Schweiz bekämpfen will, wie er sich zu internationalen Zweifeln an der Wirksamkeit des Schweizer Aufsichtsrechtes und der Sanktionsmöglichkeiten stellt. Doch es mangelt an politischen Empfehlungen zur mittel- und längerfristigen Umsetzung einer weltweit verbindlichen Schweizer Weissgeldstrategie.

Fragen über Fragen werden gestellt – aber keine konkreten Antworten gegeben. So bleibt die Vermutung, man wolle zwar international nicht mehr negativ auffallen, doch zu konkret sollen Massnahmen halt schon nicht wirken. Mit anderen Worten: Der Bundesrat wäscht den Pelz, will ihn aber nicht nass machen. ■

Bruno Gurtner ist Ökonom. Er war bis zu seiner Pensionierung verantwortlich für den Bereich «Internationale Finanzfragen» bei AllianceSüd. Als Mitgründer präsiidierte er während mehrerer Jahre das Tax Justice Network. Heute ist er noch im Vorstand von Solidar Suisse tätig. Kontakt: bruno.gurtner@bluewin.ch.

Quellen:

- Bericht von Global Financial Integrity vom 8. Dezember 2015: <http://tinyurl.com/GFI2015>
- Schlussbericht des AU/ECA-Panels zu illicit Financial Flows vom 26. Februar 2015: <http://tinyurl.com/AU-ECA-report>
- Accelerating the IFF Agenda for African Countries (Bericht afrikanischer NGOs): <http://tinyurl.com/NGO-report>
- Measuring Corruption in Africa (African Governance Report IV/2016, UNECA): <http://tinyurl.com/UNECA-report>
- Medienmitteilung des Bundesrates zum Thema IFF vom 12. Oktober 2016: <http://tinyurl.com/Medienmitteilung-12-10-2016>
- Bericht des Bundesrates zu den IFF vom 12. Oktober 2016: <http://tinyurl.com/IFF-Bericht-Bundesrat>

Mozambique: Ein Land unter dem Ressource

Hat die CS illegitime Kredite vergeben?

Am Parlament vorbei hat die mozambikanische Regierung mit Krediten für 2,3 Milliarden US-Dollar ihr Land auf Jahre hinaus verschuldet. Kreditgeber für die illegitimen Schulden war u. a. die Credit Suisse. Wie es dazu kommen konnte, und was das für das Land am Indischen Ozean im Einzelnen bedeutet, beleuchtet der Beitrag von Jürgen Kaiser. In Afrika-Bulletin Nr. 155 und 165 haben wir uns bereits mit den Folgen des erwarteten Rohstoff-Booms in Mozambique auseinandergesetzt.

Am 15. September 2016 tat der Internationale Währungsfonds (IWF) etwas für seine Verhältnisse sehr Ungewöhnliches: Er kündigte einen so genannten Schuldenaudit an, also die Überprüfung der Rechtmässigkeit von Schulden eines Mitgliedstaates bei bestimmten Gläubigern. Es geht um Schulden der halbstaatlichen Firmen beziehungsweise Holdings EMATUM, MAM und Proindicus in Höhe von zusammen bis zu 2,3 Milliarden US-Dollar, welche nicht nur anders als vorgesehen verwendet, sondern auch vor dem IWF geheim gehalten worden waren. Alle drei Unternehmen wurden 2013 und 2014 eigens zu dem Zweck gegründet, Kredite für die Finanzierung von hauptsächlich maritimen Rüstungsgütern zu akquirieren. Alle drei Kredite wurden von der Credit Suisse und/oder der russischen Privatbank VTB bereitgestellt. Inzwischen wurden sie in kleine Tranchen zerlegt und teilweise an Investoren weiterverkauft:

- EMATUM ist die staatliche Thunfischfangflotte des Landes. Sie nahm 2013 einen Kredit von 850 Millionen US-Dollar auf, um in Frankreich Fischerboote zu kaufen, die aber nie zum Einsatz kamen. Im September 2015 ging EMATUM in Konkurs; der Kredit wurde in eine Staatsanleihe in Höhe von 727 Millionen US-Dollar umgewandelt.
- Proindicus ist ein vor der Öffentlichkeit verborgenes Unternehmen, das schon vor dem EMATUM-Kredit 620 Millionen US-Dollar mit einer öffentlichen Garantie aufgenommen hatte.
- MAM (Mozambique Asset Management) schliesslich hatte bei der VTB insgesamt 756 Millionen US-Dollar aufgenommen, um davon Rüstungsgüter und Polizeiausrüstung zu kaufen.

Die genannten drei Verbindlichkeiten waren vor dem IWF bei der Vereinbarung über das laufende Beistandsprogramm sowie vor den Gläubigern bei der Platzierung der jüngsten Staatsanleihe verborgen worden. Im April 2016 kamen sie dann ans Tageslicht. Schliesslich wurde am 4. November 2016 das US-amerikanische Wirtschaftsprüfungsunternehmen Kroll mit der Durchführung des Audit betraut. Der Bericht sollte eigentlich bis zum Jahresende vorliegen. Im Januar 2017 bat Kroll um eine Verlängerung um weitere drei Monate.

Ob der Währungsfonds zu einer solchen Überprüfung von Forderungen Dritter an einen Mitgliedsstaat, die Präsident Nyusi noch im Juli explizit und vehement abgelehnt hatte, überhaupt berechtigt ist, wurde nicht weiter hinterfragt. Der IWF ist als Türsteher am Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten hinreichend wichtig, um solche Entscheidungen auch gegen ein Mitglied treffen zu können – zumindest gegen ein armes.

Offensichtliche Zweckentfremdung der Kredite

Die mozambikanische Zivilgesellschaft hat eine externe Überprüfung des undurchsichtigen Finanzgebarens der FRELIMO-Regierung in dieser Sache begrüsst. Inzwischen liegt bereits der Bericht einer parlamentarischen Untersuchungskommission vor, der allerdings nicht veröffentlicht wurde. Diese war von dem angesehenen FRELIMO-Abgeordneten und früheren Finanzminister Eneas Comiche geleitet worden. Sie bestand praktisch nur aus Abgeordneten der Regierungspartei. Gleichwohl ist ihr Ergebnis ein bemerkenswert ehrlicher Blick in einen Abgrund von Machtmissbrauch, Korruption und Regierungsversagen:

- Das Aussprechen einer Staatsgarantie hätte laut Verfassung eines parlamentarischen Beschlusses bedurft. Diesen gab es nie.
- Die aufgenommenen Kredite wurden sofort und vollumfänglich an einen dubiosen Vertragsnehmer, die Firma Abu Dhabi Mar, die ihrerseits mit Schlüsselpersonen der Regierung verbunden ist, weitergeleitet.
- Einen sichtbaren Nutzen haben die Kredite Mozambique nicht gebracht. Selbst die angeschafften Fischerboote erwiesen sich als unbrauchbar und verrosteten im Hafen von Maputo.

Allerdings empfehlen die Parlamentarier keine Zahlungsverweigerung. Die pikante Begründung dafür ist, dass dann die verantwortlich handelnden Personen rechtlich belangt werden könnten.

Der Skandal ist nur ein Symptom

Schon jetzt ist erkennbar, dass die dubiose Kreditaufnahme nicht zu trennen ist von der dramatischen Umgestaltung der mozambikanischen Wirtschaft, die sich bis 2020 abzeichnet. 2000 und 2005 hatte die multilaterale Entschuldungsinitiative HIPC/MDRI, durch die der grösste Teil der Altschulden aus den Zeiten des Krieges gestrichen wurde, dem Land die Chance auf einen Neuanfang verschafft.

In der Folge stiegen die Schulden im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung von einem niedrigen Niveau aus nur langsam wieder an – seit 2010 aber immer schneller. Verantwortlich dafür sind zwei Faktoren: der immens hohe Investitionsbedarf in Mozambiques Infrastruktur und die seit der Weltfinanzkrise historisch niedrigen Zinssätze auf den wichtigsten Kapitalmärkten. Afrika ist aktuell eine Bonanza für Investoren, die in Europa und den USA kein Geld mehr verdienen können. Besondere Aufmerksamkeit finden dabei die rohstoffreichen Länder des Kontinents. Seit der Entdeckung riesiger Erdgasvorräte vor der Küste des Landes gehört auch Mozambique zu dieser Gruppe.

Bis 2019 soll nach dem Basisszenario des IWF die Auslandsverschuldung des Landes von derzeit 106 Prozent des Bruttoinlandprodukts auf 126 Prozent steigen – dies ohne die Berücksichtigung der «versteckten» Schulden. Zum Vergleich: Die meisten Experten und Expertinnen sehen in 60 bis 90 Prozent des Bruttoinlandprodukts den Grenzwert, jenseits dessen Schulden ärmerer Länder eigentlich nicht mehr rückzahlbar sind, weil der laufende Schuldendienst einen zu grossen Teil der jährlichen Wirtschaftsleistung absorbiert.

Anders als in der letzten Schuldenkrise werden heute die meisten Schulden aber nicht vom Staat, sondern von privaten mozambikanischen Unternehmen aufgenommen, zum Aufbau der für die Gasexploration notwendigen Infrastruktur. Aber auch dieser Schuldenanstieg auf immerhin das Doppelte gängiger Obergrenzen ist nur ein Teil des immensen Kapitalzuflusses: Mozambique weist seit seiner Unabhängigkeit eine negative Leistungsbilanz auf, die nur durch dramatisch hohe Direktinvestitionen ausgeglichen wird. Diese werden nach der Vorhersage des IWF von heute jährlich 21 auf 65 Prozent des Bruttoinlandprodukts im Jahr 2019 ansteigen. Direktinvestitionen schaffen zwar keine neuen Schulden, aber sie begründen ausländisches Eigentum am Rohstoffsektor Mozambiques.

Im Jahr 2020 bricht laut IWF-Prognose der Zufluss der Investitionen abrupt ein und wird durch einen dramatischen Anstieg der privaten Auslandsschulden ersetzt. Diese dürften in einem einzigen Jahr um mehr als 60 Prozent des Bruttoinlandprodukts wachsen. Die gesamte Auslandsverschuldung könnte (ohne die «versteckten Schulden») im Jahr 2020 bei 188,7 Prozent des BIP liegen.

Mozambique im Jahr 2020: Das Basisszenario...

2020 wird Mozambique noch immer ein Niedrigeinkommensland sein. Seine Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland liegen dann aber relativ zur Wirtschaftsleistung so hoch wie jene Griechenlands heute. 36 Prozent seiner Exporteinnahmen werden in den Schuldendienst fliessen. Der Rohstoffsektor und die notwendige Infrastruktur werden in der Hand internationaler Unternehmen sein. Der Anteil des Gas-Exports an der Wirtschaftsleistung wird etwa so gross sein wie der aller übrigen Sektoren zusammengenommen. Zugespitzt formuliert: Die mozambikanische Volkswirtschaft wird wenig mehr sein als ein Anhängsel ihres eigenen Rohstoffsektors.

Dies gilt, wohl gemerkt, für das «Basisszenario» des IWF. Es baut auf ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 7,2 Prozent zwischen 2015 und 2020 und von 11 Prozent zwischen 2021 und 2035. Diese aus europäischer Sicht exorbitanten Wachstumsraten sind nicht von vornherein utopisch, denn da ein kompletter Rohstoffsektor neu aufgebaut wird, ist das Wachstumspotenzial tatsächlich gross.

... und seine Risiken

Wenn aber zum Beispiel der Gaspreis sich von seinem aktuell niedrigen Niveau nicht erholt, bis das erste Gas fliesst; wenn die Landwirtschaft erneut Opfer von Dürren wird; wenn das «traditionelle» Exportprodukt Kohle sich nicht weiter verkauft ... – dann wird Mozam-

bique einer gigantischen Auslandsschuld bei einer stagnierenden Wirtschaftsleistung gegenüberstehen: ein in Afrika nur allzu bekanntes Szenario.

Für den IWF ist der Versuch der mozambikanischen Regierung, den Tiger namens «Gasexploration» zu reiten, eine heikle Sache. Einerseits will er natürlich dem Wirtschaftswachstum nicht im Wege stehen und wichtige, am mozambikanischen Gas interessierte Mitglieder wären nicht begeistert, wenn aus Washington zur Zurückhaltung bei dessen schuldenfinanzierter Ausbeutung gemahnt würde. Überdies ist er selbst Gläubiger Mozambiques, und die Rückzahlung seiner Kredite setzt ein gedeihliches Wachstum voraus. Andererseits aber kennt der IWF natürlich die Risiken und benennt sie auch deutlich.

Der sogenannte EMATUM-Skandal gibt einen Vorgeschmack darauf, wie sich die mozambikanische Demokratie unter dem «Ressourcenfluch» immer mehr der Realität anderer rohstoffreicher Länder wie Angola nähern könnte: Private Interessen höhlen demokratische Spielregeln aus, ohne sie formal abzuschaffen; die fiskalischen Möglichkeiten des Staates werden immer marginaler im Verhältnis zu den Summen, die der Rohstoffsektor denjenigen zahlen kann, die seinen Interessen dienlich sind.

Wohlgemerkt: So kann es kommen; und die Regierung hat in den letzten Jahren viel dafür getan, dass es so kommen wird. Andererseits bauen auch kritische Bewegungen wie der Grupo Moçambicano da Dívida darauf, dass in der alten Befreiungsbewegung FRELIMO noch genügend demokratische Substanz steckt, um eine solche Entwicklung zu verhindern. Und ein demonstratives Aufräumen mit den intransparenten Strukturen, die den EMATUM-Skandal möglich gemacht haben, könnte ein grosser Schritt in diese Richtung sein. Dabei könnte sich dann sogar der IWF nützlich machen. ■

Jürgen Kaiser ist politischer Koordinator des Bündnisses erlassjahr.de, das auf Verschuldungsfragen spezialisiert ist. Eine ausführlichere Version dieses Textes erschien im *Schuldenreport 2017* von erlassjahr.de und *Misereor*. Kontakt: j.kaiser@erlassjahr.de.

Weiterführende Informationen

- **Thomas Kesselring zum Kreditskandal:**
<http://www.rat-kontrapunkt.ch/neu/kreditskandal-in-Mozambique-die-intransparente-rolle-der-credit-suisse>
- **Positionspapier des Forum de Monitorio do Orçamento:**
<http://www.fmo.org.mz/documentos/Position-paper-Civil-Society-Moz.pdf>
- **IWF Staff Country Report Mozambique (2016):**
<http://www.imf.org/external/pubs/cat/longres.aspx?sk=43588.0>

Westafrika

Whistleblowing willkommen!

Korruptionsbekämpfung kommt in immer mehr afrikanischen Staaten auf die Agenda. Die Gefahr, in die Whistleblowers sich selbst, ihren Job und Familie bringen – oft mehr als die eventuellen Missetäter – wird deshalb ernst genommen. Zu dem kürzlich lancierten Gesetz zum Schutz von Whistleblowers in Nigeria hinzu tritt neu eine in Senegal gegründete Plattform, die technische, juristische und mediale Hilfe bieten will. Urheber der Plattform ist eine Gruppierung von Juristen und NGOs. Verschlüsselter Datentransfer soll ermöglichen, Wissen über krumme Geschäfte öffentlich zu machen, ohne sich damit in Gefahr zu bringen. Auch Meldungen von Insidern anderer Nationalitäten sind willkommen! ■

Islamistischer Terror überschreitet Grenzen

Eine schwerbewaffnete Terrorgruppe noch unbekannter Zugehörigkeit überfiel nun auch eine Schule im nördlichen Burkina Faso, nachdem bereits im Januar zwölf Soldaten beim Überfall auf eine Kaserne in Grenznähe zu Mali ihr Leben lassen mussten. Besorgnis über die Sicherheit in diesem Landesteil breitet sich aus. Gleichzeitig ist es wieder zu schweren Angriffen im Norden Malis gekommen. 37 Soldaten eines Militärlagers bei Gao – von dem aus Regierungstruppen, reformierte Rebellen und Bürgerwehr-Milizen gemeinsam operieren – fielen einer Selbstmord-Attacke mittels eines sprengstoffbeladenen Vehikels zum Opfer. Weitere Attacken forderten ebenso viele Opfer unter Zivilisten und verstärken den Horror. Die angeordnete Staatstrauer verschleierte kaum die Ratlosigkeit gegenüber den in der weiten Wüste versteckten, die einstigen Tuareg-Rebellen ebenso wie die Regierung bekämpfenden Terror-Einheiten. In der Folge beschlossen die Regierungen der fünf gefährdeten Staaten Mali, Niger, Burkina Faso, Tschad und Mauretanien an einem regionalen Gipfel in Bamako, eine gemeinsame Anti-Terror-Einheit zu bilden. Der UN-Sicherheitsrat soll um Zustimmung zu diesem Vorhaben ersucht werden. Für die Finanzierung wird auf Europas Hilfe gesetzt, da

diese Einheit auch die Risiken für europäischen Soldaten senken würde. Ausser der 12 000-köpfigen UN-Mission haben Frankreich und Estland an die 3 000 Militärs mit einem rein europäischen Mandat in Nordmali stationiert. ■

Süd-Sudan

Nahe am Genozid?

Eine eingehende Untersuchung der UN-Menschenrechtsbehörde über die Verhältnisse im Süd-Sudan kommt zu niederschmetternden Erkenntnissen: Nicht nur eigentliche Kampfhandlungen sind seit Juli 2016 erneut voll im Gange, sondern auch rein ethnisch motivierte Übergriffe auf die Zivilbevölkerung sind Tagesgeschäft in bestimmten Gebieten. Während der (ethnisch gemischten) Armee und den Rebellengruppen zahlreiche Menschenrechtsverletzungen und genereller Machtmissbrauch angelastet werden müssen, nehmen diese Übel insbesondere bei regierungsnahen Apparaten wie der Polizei und dem National Security Service (und ihnen nahestehenden Milizen) System an. Die Gewalt dieser vor allem zur Ethnie der Dinka gehörenden Einheiten richtet sich gegen Bevölkerungsteile, die den Nuer zugehören. Diese werden nicht nur willkürlich umgesiedelt, massakriert oder vergewaltigt, sondern auch ihre Siedlungsgebiete werden – in der herrschenden Hungersnot – für Hilfsorganisationen teilweise abgesperrt: Verhungernlassen als Kriegsmethode ist nach internationalem Recht ein verbotenes Mittel. Ob die im Zusammenhang mit dem Bericht vergossenen Krokodilstränen – ein «Mea culpa» des unversöhnlichen Präsidenten Salva Kiir – die Verhältnisse ändern werden, bleibt abzuwarten. ■

Kenya

Kein Interesse an Medienvielfalt

Kenyas Regierung scheint wenig interessiert an unabhängigen Medien. Sie beschloss, in Zukunft Regierungsmeldungen wie Tender- und Job-Ausschreibungen und Ankündigungen nicht mehr in privaten Medien zu

publizieren, sondern eine eigene Regierungsplattform «MyGov» (www.mygov.go.ke) zu gründen, auf der auch die Regierungsabsichten in «vertiefter und korrekter Weise artikuliert» würden. Für die Publikation von Veröffentlichungen der Regierung erhielten private Medien bislang 20 Millionen USD jährlich, ein Beitrag an die unabhängige Presse, dessen Verlust schwer wiegen könnte. Das Wahldatum August 2017 dürfte nicht ganz bedeutungslos sein für diesen Kabinettsbeschluss. ■

Zentralafrikanische Republik

Unruhige Zeiten

Die aktuelle Regierung in der Zentralafrikanischen Republik versucht immer noch, eine funktionierende, gemischte Armee und Polizei aufzubauen. Derweil scheint sich die ehemalige Bürgerkriegspartei SELEKA in diverse, von Warlords angeführte Milizen aufgesplittert zu haben, die sich um Pfründen in den nördlichen Städten und Landstrichen raufen. Die nordöstliche Region wird inzwischen immer noch von MINUSCA, einer 12 000 Mann starken UN-Friedenstruppe überwacht mit dem Auftrag, die Zivilbevölkerung vor diesen Territorialkämpfen zu schützen. Dabei werden auch kriegerische Mittel eingesetzt, so kürzlich Kampfhelikopter, als eine der Milizen wiederholt eine Stadt einzunehmen versuchte. Hingegen hat sich Uganda von der Bekämpfung der ebenfalls im Norden operierenden Lord's Resistance Army zurückgezogen. ■

Südafrika

Justiz highjacked

Gerade ein Jahr nach einem mysteriösen Einbruch in die Büros der Helen Suzman-Stiftung wird eine nächtliche Plünderung der Räume des Chief Justice von Südafrika bekannt. Ziel der Einbrüche waren beidemal die Computer, die samt Hard Disk und Akten fortgeschleppt wurden. Der Sprecher des Chief Justice führte aus, dass die Computer die persönlichen Unterlagen von 250 Richtern enthielten sowie die Akten von Fällen, die das Verfassungs-

gericht und der oberste Richter in Bearbeitung hatten – in Erwartung zukünftiger Verhandlungen und Urteile. Er bezeichnete den Verlust als gravierenden Rückschlag für die Gerichtsbarkeit im ganzen Land. Interessant ist, dass zum Zeitpunkt des Diebstahls in beiden Instituten die Ernennung des Direktors der HAWKS, der Elite-Untersuchungseinheit der Polizei, ein Schützling von Präsident Zuma, behandelt wurde: Während die Helen Suzman-Stiftung kurz vor dem Einbruch einen Antrag zu dessen Suspendierung an das oberste Gericht eingereicht hatte, hatte der oberste Richter kürzlich die Ernennung dieser Person als ungesetzlich beurteilt. ■

Zimbabwe

Bald geeinte Opposition?

Noch letzten Herbst kritisierten zimbabwische Menschenrechtsaktivisten die Zerstrittenheit der Opposition, die in zahlreiche Gruppen und (Kleinst-) Parteien aufgeteilt war. Kommunikation und gemeinsame Aktionen wurden durch die offen ausgetragenen Animositäten zwischen den Führungspersonen erschwert oder verunmöglicht. Gleichzeitig war allen Akteuren aber klar, dass nur eine geeinte Opposition das gemeinsame Ziel erreichen kann: Die Reform des Wahlgesetzes und die Abwahl Präsident Mugabes in den Wahlen vom nächsten Jahr.

Die Zeit drängt. Im März ist nun Bewegung in die Sache gekommen. Nacheinander haben mehrere Exponenten der Opposition erklärt, die einzige Person, die die Opposition erfolgreich anführen könne, sei Morgan Tsvangirai von der MDC. Tsvangirai, ehemaliger Gewerkschaftssekretär und Vizepräsident, ist ein erfahrener Politaktivist, der sich auch durch einen vermutlichen Mordanschlag, bei dem an seiner Stelle seine Frau ums Leben kam, nicht einschüchtern liess. Allerdings machte er nicht immer eine gute Figur und war immer wieder umstritten. Umso erstaunlicher, dass ihm jetzt alle genug staatsmännische Statur zutrauen, um den schwierigen Job zu erledigen.

Offen ist die Rolle von Joice Mujuru, der ehemaligen Vizepräsidentin, die Ende 2014 von Mugabe aus der Regierung entlassen und aus seiner Zanu-PF

ausgeschlossen wurde. Mujuru gründete in der Folge zusammen mit weiteren Ex-Zanu-PF Mitgliedern, darunter Dydimus Mutasa, eine neue Partei. Kürzlich zerstritt sie sich aber und gründete eine eigene Partei. Tsvangirai hatte sie als eine wichtige Partnerin bezeichnet. Viele fragen sich aber, ob Mujuru, die seit der Unabhängigkeit bis zu ihrem Rauswurf immer Mitglied der Regierung Mugabe war, nicht auch für Gräueltaten der Regierung verantwortlich sei. ■

Afrikas Energieressourcen

Ist rasche Elektrifizierung möglich?

Geschätzte 600 Millionen Afrikaner und Afrikanerinnen, also fast zwei Drittel der Gesamtbevölkerung, haben noch immer keinen Zugang zu Elektrizität. Das African Progress Panel, das vom früheren UN-Generalsekretär Kofi Annan geleitet wird, hat einen Bericht veröffentlicht, wie diese Situation in nützlicher Zeit behoben werden könnte: Werden Wind, Wasser und vor allem Solarenergie einbezogen, kann Stromgewinnung – mit Netzeinspeisung oder rein lokal – rasch zunehmen, wenn Länder, Provinzen oder auch Gemeinden sich zu diesem Infrastrukturausbau entschliessen, hält der Bericht mit konkreten Beispielen fest. ■

Europäische Union

Freihandelsabkommen mit Westafrika

Neben den Protesten gegen die transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA ist kaum bekannt geworden, dass in einer Abteilung der EU auch ein Freihandelsabkommen (EPA – europäische Partnerschaft mit Afrika) in – wieder einmal geheimer – Verhandlung ist. Umgesetzt werden soll die übliche neoliberale Vision eines «gegenseitigen» Abbaus aller Handels- und Investitionshindernisse zwischen den EU-Staaten und 16 westafrikanischen Ländern. Drei Regierungen sperren sich allerdings noch gegen den Abschluss aufgrund ihrer Einschätzung, dass von Gegenseitigkeit keine

Rede sein kann, sondern im Gegenteil vor allem eine erhöhte, ungleiche Konkurrenz durch die viel produktiveren, mächtigen Konzerne und die immer noch subventionierte europäische Landwirtschaft zu erwarten ist. Diese könnte die einheimische Produktion relativ chancenlos vom eigenen Markt verdrängen und den Aufbau einer Industrie gemäss eigenem Bedarf weiter behindern, während die besseren Exportchancen aus den westafrikanischen Ländern nur einen geringfügigen Teil ihrer Produkte betrifft. ■

Schweiz

Statistik der Entwicklungshilfe

Aufschlussreich wie immer ist die soeben erschienene Statistik über die schweizerische Entwicklungshilfe, die auf den Daten 2014 beruht. Staatliche Entwicklungshilfe wurde in der Höhe von 3,222 Milliarden Franken geleistet, dazu kommen noch 516 Millionen private Entwicklungsgelder. Die staatliche Hilfe beträgt 0,496 Prozent des Bruttosozialproduktes.

Wohin flossen die Mittel? Die untenstehende Selektion ist zufällig. Immerhin fällt auf, dass grössere Beiträge in absolute Krisenstaaten flossen, so beispielsweise 7 Millionen CHF in die Zentralafrikanische Republik. In den Südsudan flossen 23,7 Millionen (und 7,3 Millionen private Gelder). In den Sudan, immerhin einer der nachhaltigen Unterstützer islamistischer Kräfte, flossen 8,1 Millionen öffentlicher Gelder und eben so viel private. Zu den Spitzenempfängern gehört Mozambique mit 34 Millionen öffentlicher und 3,8 Millionen privater Hilfe – heute ist Mozambique pleite aufgrund der Geheimdarlehen, welche das Land über die Credit Suisse aufnahm. Äthiopien als Schweizer Liebling am Horn von Afrika erhielt 13 Millionen öffentliche und 9,6 Millionen private Gelder. Nach Eritrea flossen jedoch nur CHF 270 000 öffentliche und 430 000 private Gelder – da steht Nordkorea offenbar höher in der Gunst der Schweizer Aussenpolitik: dorthin flossen 7,4 Millionen öffentliche Mittel! Ganz leer geht hingegen Timor aus, das vor 15 Jahren seine Unabhängigkeit erreichte. ■

Zusammengestellt von Gertrud Baud, Susy Greuter und Hans-Ulrich Stauffer.

Der Kampf ums Saatgut

Profit oder Ernährungssouveränität?

Anhand seiner Erfahrungen in Zambia begab sich Markus Schär auf eine Recherche zu den Hintergründen einer verfehlten Agrarpolitik, die den afrikanischen Bauern und Bäuerinnen – wie zuvor auf anderen Kontinenten – die Möglichkeit für eine selbsttätige Weiterentwicklung der eigenen Produktionsbasis raubt. Der Artikel fasst die facettenreichen Angriffsstrategien der multinationalen Agrarkonzerne zusammen und bringt sie gesellschaftstheoretisch auf den Punkt.

«Wer das Saatgut kontrolliert, kontrolliert zu einem substantziellen Teil die Ausgestaltung des gesamten Ernährungssystems.»

Jack Kloppenburg

Afrika retten, Hunger und Armut beenden – mit einer Neuauflage der «Grünen Revolution». Den afrikanischen Bäuerinnen «verbessertes Saatgut», Dünger und «Pflanzenschutzmittel» zur Verfügung stellen. Sie aus der Subsistenz befreien. Ihnen den Marktzugang ermöglichen – so lauten die Verheissungen finanzstarker Initiativen. Zu nennen sind beispielsweise die «Alliance for a Green Revolution in Africa» (bei der Bill Gates federführend ist), die «New Alliance for Food Security and Nutrition» (die von den G8-Staaten initiiert wurde), oder «Grow Africa» (eine Partnerschaft zwischen der Afrikanischen Union, der «New Partnership for Africa's Development» und dem «World Economic Forum»). Charakteristischerweise sind neben Regierungen, privaten Stiftungen und superreichen Philanthropen auch global führende Agrarkonzerne wie Cargill, Monsanto und Syngenta mit an Bord. Eine potente PR-Maschinerie, die auf prominente Persönlichkeiten wie Bono, Kofi Annan oder Barack Obama zurückgreifen kann, gewährleistet, dass die eigentlichen Triebfedern der «Grünen Revolution» in Afrika dezent im Hintergrund bleiben – forcierte Markterweiterung und nacktes Profitstreben gehören nicht zum offiziellen «Wording» der globalisierten Wirtschaft. Euphemie ist angesagt.

In einer Hinsicht liegen diese Initiativen allerdings richtig: die Saatgutfrage ist auf dem afrikanischen Kontinent absolut zentral. An ihr entscheidet sich, wer das Ernährungssystem kontrolliert und nach welchem Grundprinzip dieses organisiert wird: das internationale Agrobusiness oder die Bevölkerung in Afrika? Profit oder Ernährungssouveränität?

Armutsbekämpfung mit Hohertragsorten?

Wie im Afrika Bulletin Nr. 161 dargelegt wurde, fand in den letzten Jahren im Saatgutsektor eine rasante Konzentration statt. Gemäss «Public Eye» kontrollierten Monsanto, Du Pont Pioneer und Syngenta im Jahr 2012 zusammen rund 45 Prozent des globalen Saatgutmarkts, Tendenz steigend. Die Saatgutvielfalt wird durch die Konzentration auf standardisierte Hohertragsorten dramatisch reduziert, was gerade in Anbe-

tracht des Klimawandels widersinnig ist. Kommerzielle Hohertragsorten sind immer Hybride und eignen sich als solche nicht für die Nachzucht von Saatgut. Bauern müssen also jedes Jahr neues Saatgut – «vorzugsweise» auch gleich Pestizide sowie Kunstdünger – kaufen und dafür oft einen Kredit aufnehmen. Der Anbau in der oft notwendigen Kombination mit Kunstdünger und Pestiziden beschleunigt die Versauerung der Böden und beeinträchtigt so deren Fruchtbarkeit: Zerstörung der Lebensgrundlage, Abhängigkeit und Verschuldung – echte Armuts- und Hungerbekämpfung sähe anders aus. All dies steht ausführlich und wissenschaftlich belegt im Weltagrarbericht (IAAST) aus dem Jahr 2008. Doch die Agrarkonzerne, diverse westliche Entwicklungsorganisationen und die Regierungen mancher afrikanischer Länder ignorieren die Kernbotschaft des Berichts hartnäckig. Denn sie lautet: «Weitermachen wie bisher ist keine Option!». Anstatt der industriellen Landwirtschaft müsste die Agrarökologie massiv gefördert werden und das schleunigst.

Ursprüngliche Akkumulation

Heute ist das Saatgut in afrikanischen Ländern noch überwiegend in den Händen von Kleinbäuerinnen, die mittels Nachbau, Tausch und Verkauf auf dem lokalen Markt die Saatgutversorgung sichern. In Afrika südlich der Sahara stammen 80 bis 90 Prozent des verwendeten Saatguts aus diesem informellen System. Das soll sich bald ändern, geht es nach den Vorstellungen des internationalen Agrobusiness. Aber was bedeutet es, wenn Agrarkonzerne «verbessertes» Saatgut in sogenannten «Entwicklungsländern» einführen wollen? Es geht dabei mitnichten einfach um die Lancierung eines neuen «Produkts», sondern um eine Verschiebung von Eigentumsverhältnissen: Saatgut, die Basis unserer Ernährung und als Erbe der Menschheit traditionell ein Gemeingut, wird zunehmend privatisiert. Um diesen Prozess zu verstehen, ist das Konzept der ursprünglichen Akkumulation hilfreich.

Karl Marx bezeichnete diese als die Trennung der Arbeiterschaft von den Produktionsmitteln und sah in ihr

einen fundamentalen historischen Prozess, der dem Kapitalismus zugrunde liegt. Was akkumuliert wird, war vorher in irgendeiner Form schon vorhanden. Darum impliziert ursprüngliche Akkumulation immer auch eine Enteignung. Der US-amerikanische Agrarsoziologe Jack Kloppenburg verortet den Archetyp der ursprünglichen Akkumulation in der Landwirtschaft. Bei der Landprivatisierung, bei der Vertreibung von Kleinbauern oder beim «Landgrabbing» wird die gewaltsam durchgesetzte Enteignung der Bäuerinnen vom Produktionsmittel Boden drastisch sichtbar. Kloppenburg argumentiert überzeugend, dass auch der Ausbau der Konzernmacht in den «Life Sciences», die Ausdehnung der intellektuellen Eigentumsrechte, die Entwicklung von Terminator-Pflanzen und gentechnisch verändertem Saatgut Momente oder Strategien «ursprünglicher Akkumulation» durch Enteignung seien.

Privatisierung von Saatgut als Enteignung der Bäuerinnen

Vor diesem Hintergrund wird klar, wieso das Saatgut der Dreh- und Angelpunkt des «Engagements» von Monsanto, Du Pont Pioneer, Syngenta und anderen Konzernen auf dem afrikanischen Kontinent ist. Die Kontrolle über das Saatgut ist der Schlüssel zur Durchdringung eines bisher nicht-kapitalistischen Milieus mit Millionen potenzieller Käufer von agrochemischen Inputs. Mit afrikanischen Kleinbäuerinnen kann man Geschäfte machen, wenn die lokalen Regierungen Hybridsaatgut, Kunstdünger und Pestizide finanzieren oder subventionieren. Die Verwandlung von relativ autonomen Subsistenzbauern in abhängige, kommerzielle Produzenten und die Etablierung von «Wertschöpfungsketten» eröffneten dem Agrobusiness auch auf der Abnahmeseite neue Felder zur Abschöpfung von Mehrwert: Rohstoffhandelsfirmen können vermehrt billige, standardisierte «Cash Crops» für den Regional- oder Weltmarkt aufkaufen.

Doch da gibt es ein paar Hindernisse, die der reibungslosen kapitalistischen Durchdringung der Landwirtschaft im Weg stehen. Abgesehen davon, dass Bäuerinnen eigene Ansichten von Modernisierung haben und der Boden in ihrem Besitz ist, besteht ein natürlicher Hemmschuh gegen die Durchkapitalisierung der Landwirtschaft im Wesen des Saatguts. Saatgut kann von Bauern selber «hergestellt» werden, und es vervielfältigt sich auf natürliche Weise. Daher sind (oder waren) Bäuerinnen traditionell auch Züchterinnen. Freies, samenfestes Saatgut ist für die bäuerliche Autonomie zentral – und somit ein Dorn im Auge der Agrarindustrie.

Die Agrarkonzerne haben allerdings Strategien entwickelt und Wege gefunden, um diese strukturellen «Widerstände» zu brechen. Sie tun dies einerseits mittels biologisch-technischer Regulierung der Nachzucht, von der Hybridisierung, die ein Einweg-Produkt hervorbringt, bis zur «Terminator-Technologie», die dafür sorgt, dass eine Pflanze nur sterile Samen bildet. Andererseits sichern sich Agrarkonzerne ihre Profite mithilfe rechtlicher Regulierungen: Sie wirken darauf hin, dass Eigentumsmonopole auf Saatgut und exklusive Verwertungsrechte im Sorten- und Patentschutz verankert werden.

Sortenschutz versus Recht auf Nahrung

Zambia und 18 weitere Länder im südlichen Afrika verhandeln zurzeit im Rahmen des «African Regional Intellectual Property Office» (ARIPO) ein Abkommen, das den Sortenschutz im Interesse der Saatgutfirmen massiv ausbauen soll. Das «Arusha Protocol for the Protection of New Varieties of Plants» orientiert sich an der Akte 1991 des Internationalen Verbands zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV 1991), einem Regelwerk, das auf die industrielle Landwirtschaft ausgerichtet ist und den kommerziellen Züchtern Monopolrechte für neu gezüchtete Sorten gibt. In einem «Least Developed Country» (LDC) wie Zambia, wo informelle Saatgutzucht und -tausch vorherrschen, führt ein strenger Sortenschutz zur Erosion der bäuerlichen Autonomie: Es untersagt den Verkauf und Tausch von geschütztem Saatgut und Vermehrungsmaterial unter Bauern und Bäuerinnen. Da dies hier für die Ernährungssicherheit entscheidend ist, stellt das Abkommen eine Verletzung des Rechts auf Nahrung dar.

An einer Landwirtschaftsschau in Zambias Chongwe District präsentieren Agro-Konzerne und Kleinbauern Saatgut und andere Produkte (Bilder: Markus Schär 2015).



Es ist absurd: Kein internationaler Vertrag zwingt die LDC dazu, den strengen UPOV-91-Sortenschutz einzuführen. Doch die zambische Regierungen bedrängt mit der Unterzeichnung und der geplanten Ratifizierung des «Arusha Protokolls» das informelle Saatgutssystem und nimmt in Kauf, dass zambische Bauern, die geschütztes Saatgut tauschen oder verkaufen, kriminalisiert werden. Enteignung unter dem Deckmantel von Hunger- und Armutsbekämpfung – so sieht «Entwicklungshilfe» für die Agrarkonzerne aus. ■



Markus Schär ist Bio-Landwirt/Geograph und seit 2015 mit COMUNDO beim «Kasisi Agricultural Training Centre» in Zambia im Einsatz. Kontakt: markus.schaer@gmx.net.

Literatur

Buchbesprechungen



Ruanda 1994: zwei Lebensgeschichten

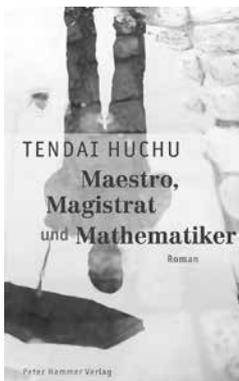
bfr. Englebert Munyambonwa, damals 36-jährig, flieht vor den mordenden Hutu, versteckt sich in den Sümpfen und entkommt den Massakern. Was er seinen flüchtigen Bekannten nicht erzählt vertraut er 20 Jahre später dem Journalisten Jean Hatzfeld an. Nach ein paar Bier erzählt er vom Überleben und dem Leben danach. Noch immer auf der Flucht vor den Erinnerungen, die er im Alkohol zu ertränken versucht.

Jeanne, acht Jahre jung, muss mit ansehen wie ihre Familie getötet wird. Ihr gelingt die Flucht, sie versucht zu Verwandten durchzukommen, versteckt sich mit anderen Kindern und erlebt dabei die Hölle. Später in Deutschland beginnt Jeanne ihrer deutschen Pflegemutter ihre Geschichte zu erzählen. Immer und immer wieder, bis alles gesagt ist.

Ein Mann und ein Kind. Beide Tutsi, beide Überlebende des Genozids, beide traumatisiert. Beide versuchen das unsägliche Trauma zu verarbeiten, auf ganz unterschiedliche Weise. Englebert wird es wohl nicht mehr gelingen zu vergessen, auch weil er sein Dasein schönredet und weder Alkoholiker noch posttraumatisiert sein will. Jeanne hingegen hat das Erlebte «ausgekotzt», sich alles von der Seele geredet und sich die Chance gegeben zu arbeiten.

Beide Erzählungen berühren tief und werfen einmal mehr die Frage auf warum das, was «nie wieder geschehen darf», doch immer wieder geschieht. ■

Plötzlich umgab uns Stille, Jean Hatzfeld Verlag Wagenbach, 2016. Über tausend Hügel wandere ich mit dir, Hanna Jansen, Peter Hammer, 2015.



Eine herausfordernde Hinterlassenschaft

hus. Während der Lektüre von Al Imfelds jüngstem, soeben erschienenem Buch «AgroCity, Die Stadt für Afrika» erreicht den Rezensenten die Nachricht vom Tod des Autors. Dadurch gewinnt seine letzte Publikation eine besondere Bedeutung.

Imfeld kannte wie nur wenige andere Afrika, das städtische wie auch das ländliche Afrika. In den Jahrzehnten seiner Auseinandersetzung mit dem Kontinent stellte er die rasant zunehmende Verstädterung fest. Retortenhauptstädte schossen aus dem Boden, beispielsweise Abuja in Nigeria oder Yamoussoukro in der Elfenbeinküste. Doch auch in den explodierenden Mega Cities, deren Einwohnerzahlen sich manchmal in wenigen Jahrzehnten verdoppeln, haben die Bewohner ihre Bezüge zum Land. Imfeld führt faktenreich in die Problematik der Verstädterung ein.

Doch damit belässt es Imfeld natürlich nicht. Mit zahlreichen Thesen und Vorschlägen entwickelt er eine Vision, wie sich die Städte hin zu einem Gleichgewicht zwischen Stadt und Land entwickeln könnten. Diese – wortgewaltig vorgetragenen – Überlegungen regen zum Nachdenken an. Was wäre, wenn auch nur ein Teil davon umgesetzt werden könnte? ■

Al Imfeld: AgroCity, die Stadt für Afrika. Skizzen zu einer neuen Urbanität. Zürich 2017 (Rotpunktverlag).

Drei Zimbabwe in Edinburgh

ef. Drei parallele Erzählstränge berichten von drei Zimbabweern, die das Leben nach Schottland verschlagen hat, deren Dasein aber unterschiedlicher nicht sein könnte. Farai, Sohn aus guter Familie, ist ein brillanter Mathematiker, der seine Dissertation fertig zu stellen versucht, ein cooler Typ, der in einer Wohngemeinschaft mit zwei andern Zimbabweern lebt und auch intensiv das Nachtleben genießt. Maestro hingegen geht nie aus, er

jobbt in einem Supermarkt und verbringt seine Freizeit alleine zuhause mit Lesen, Hasch und Alkohol und steigert sich in einen gefährlichen Wahn hinein. Dem Magistrat schliesslich, der in Zimbabwe ein angesehener Richter war, fällt der soziale Abstieg und die wirtschaftliche Abhängigkeit von seiner Frau schwer, so dass er schlussendlich eine Arbeit als Hilfspfleger in einem Pflegeheim annimmt.

Der 1982 geborene Autor Tendai Huchu beeindruckt durch die Breite seiner erzählerischen Palette und die humorvolle Leichtigkeit, hinter der man aber viel gelebte Erfahrung und Recherche spürt. Er erzählt konkret und präzise, sei es über die triste Realität im Pflegeheim, sei es über die Zim-Musik, die der Magistrat in seiner Freizeit hört oder Farais Dissertationsthema über die Vorteile einer künstlich aufrechterhaltenen Hyperinflation, was sich gerade für Zimbabwe als explosive Materie erweist. Umwerfend ist zum Beispiel die Schilderung einer absolut chaotischen Versammlung des lokalen Ablegers der Oppositionspartei MDC oder die Beschreibung wie Farai und der Magistrat latentem Rassismus mit Klarsicht und neuen Strategien begegnen. Für den Maestro stellt sich die Frage nicht. Er ist weiss, das wird einem aber erst auf den letzten Seiten bewusst.

Am Schluss treffen die drei so unterschiedlichen Schicksale zusammen – Details seien hier nicht verraten – und man fragt sich verwundert: War das jetzt ein Krimi oder ein Spionagethriller, den ich gelesen habe? Auf alle Fälle ein reichhaltiges und sehr lesenswertes Buch, das spannend und aktuell die Lebenswelten von zimbabweischen Emigranten im nasskalten Edinburgh zum Leben erweckt. ■

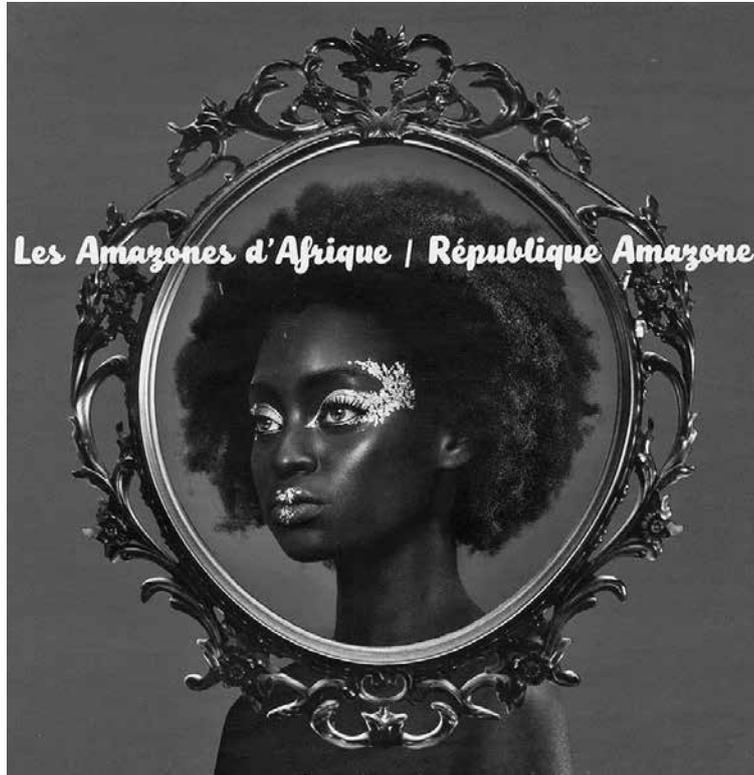
Tendai Huchu: Maestro, Magistrat und Mathematiker. Wuppertal 2016 (Peter Hammer Verlag).

Neue Musik aus dem westlichen und südlichen Afrika

Wer kennt sie noch, die legendären Les Amazones de Guinée, diese einzigartige Band mit ihrem eigenständigen Stil und ihren grossartigen Sängerinnen? Denken wir nur an die überragende Sona Diabaté. Les Amazones de Guinée waren durch und durch eine Frauenband. Nicht nur der Gesang, alle Instrumente waren in Frauenhand.

Dies ist bei Les Amazones d'Afrique mit ihrer Platte République Amazone nicht ganz der Fall, mischt da doch der bekannte Musiker und Produzent Dr. L (Liam Farrell) mit, den wir auch aus seiner Zusammenarbeit mit Tony Allen oder Mbongwana Star kennen. Vielleicht bringt Dr. L bei den Amazonen ein wenig zu viel Elektronik ins Spiel. Trotzdem hat die Platte mit den Sängerinnen und Musikerinnen Rokia Koné, Angélique Kidjo, Kandia Kouyaté, Mamani Keita, Mariam Doumbia, Mariam Koné, Massan Doulibaly, Mouneissa Tandina, Nneka und Pamela Badjogo sowie der Rapperin Inna Modja ihren besonderen Reiz. Ein vielschichtiges, engagiertes Frauenprojekt, welches mit Herzblut und grossem Können an die Sache geht. Und es ist immer wieder mal ein Hauch Griot-Tradition zu spüren. Die Platte ist auch ein klares Statement gegen sexuelle Gewalt an Frauen. So geht ein Teil der Einnahmen an ein entsprechendes Projekt im Kongo.

Luyando von Mokoomba aus Zimbabwe ist eine grosse Überraschung, modern und intensiv den musikalischen Traditionen zugewandt. Schon das 2010 erschienene Album *Rising Tide*, übrigens produziert von der Musikerin Manou Gallo, war ein grosser Wurf. *Luyando* ist noch erdiger, noch mehr auf das grosse Erbe der Musik Zimbabwes konzentriert. Wichtigen Einfluss hat die Kultur des Tonga-Volkes aus der Gegend der Victoria Falls.



Die fünf Musiker von Mokoomba machen einfach hinreissende, nie überbordende und ins undefinierbare abgleitende Musik. Beste Akustik-Gitarre, Bass und verschiedene Perkussions-Instrumente geben das Gerüst für eine feine Musik. Schön auch das beigelegte Büchlein mit Erklärungen und dem Abdruck der Song-Texte. Inklusiv Angabe der verschiedenen Sprachen. Neben Englisch sind dies die heimischen Sprachen Tonga, Ndebele, Luvale, Lozi und Shona. Ein Hit ist das mehrstimmige Vokal-Stück Nyaradzo. Im Stil von Ladysmith Black Mambazo singen Mokoomba in grosser Intensität und hoher Qualität. Es erinnert an frühere Zeiten, ist jedoch hier und heute produziert von jungen, kraftvollen Musikern. Eine positiv überraschende Rückkehr. ■

Les Amazones d'Afrique: République Amazone. 12 Tracks. CD und Vinyl. Real World Records 2017.
Mokoomba: Luyando. 10 Tracks. CD und Vinyl. Outhere Records 2017.



Die Besprechung verfasste Pius Frey. Bezugsadresse für CDs: Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St. Gallen. medien@comedia-sg.ch. www.comedia-sg.ch, mit umfassendem Angebot aktueller CDs mit Musik aus Afrika.



Eritrea – der zweite Blick

sg. Hans-Ulrich Stauffer, Mitglied der Redaktionskommission des Afrika-Bulletins, bereiste in den letzten beiden Jahren viermal Eritrea und führte rund 100 Interviews. Nun liegen seine Eindrücke und Einschätzungen in Buchform vor. Am 22. März 2017 fand in der Basler Buchhandlung Bider & Tanner vor ausverkauftem Haus die Buchvernissage statt. 150 Gäste folgten dem spannenden Gespräch, das der ehemalige Radio DRS-Afrika-Korrespondent Ruedi Küng mit dem Autor führte.

«Eritrea – der zweite Blick» sticht punkto Breite und Vertiefung der behandelten Landesmerkmale einsam heraus aus den wenigen deutschsprachigen Neuerscheinungen. Der Grossteil gruppiert sich thematisch um das – auch europäische – Drama der aktuellen, starken Emigration aus diesem Land. Erörterungen zu deren Hintergründen konzentrieren sich auf kurzfristige Schuldzuweisungen. Die Tagesmedien hatten diese in den letzten Jahren bis zu Verdammungen hochstilisiert, die den politisch-wirtschaftlichen Interessen des Westens entsprachen. Doch die Ratlosigkeit der Politik hat schliesslich einem verhandlungsfähigeren Ansatz Raum geschaffen, eine Bresche, in welche dieses Buch nun erfolgreich springt.

Zentrales Thema des «Zweiten Blicks» ist die Geschichte der politischen Klammern um Eritrea – mehrere hundert Jahre tief – auch dies ein rares Bemühen für

das oft als «geschichtslos» bezeichnete Afrika. Stauffer erzählt diese Geschichte nicht nur anhand der Fakten, sondern vertieft sich in Diskurse, Interessen und grobe bis willkürliche Fehleinschätzungen der äusseren Mächte, insbesondere seit dem 30-jährigen Befreiungskrieg von Äthiopien.

Die Geschichte wird in der Folge zum Strukturelement: Alle Einzelthemen – vom Eisenbahnbau über Mikrokredit-Organisation bis zu den Frauen und dem Städtebau – sind durchwachsen von den Zeitläuften und finden darin spezifischen Sinn. Der verhängnisvolle Krieg von 1998 bis 2000 (erneut von Äthiopien ausgelöst, das Eritrea in die zwischenzeitliche, lukrative Kolonisierung zurückwünscht) ist hingegen eine Zäsur, von der aus nun die Fragen auf die gesellschaftliche Entwicklung ausgehen. Neben dem unbeendeten Krieg sind auch die UN-gestützten Sanktionen für die – als unberechtigt erwiesene – Anschuldigung einer Unterstützung der somalischen Islamisten Anlass zu einer Blockierung. Stauffer nennt die politische Entwicklung Eritreas infolge der schwelenden Gefahr eines Angriffs durch Äthiopien und der Isolierung gegenüber dem Westen unbeschönigt einen Schritt in die Diktatur.

Doch nicht alles ist blockiert: Der Ausbau des beeindruckenden Bildungs- und Gesundheitswesens, die Intensivierung der Landwirtschaft und der vorsichtige Ausbau der Rohstoffextraktion gehen voran. Stauffer zu Letzterem: «Eritrea verkauft sich nicht für kurzfristigen Gewinn an ausländische Investoren». Das einzige Manko des Buches, der fehlende Einbezug von Gewerbe und Industrie, erklärt sich teilweise aus dem beklagten Fehlen von öffentlich zugänglichen Statistiken zu Wirtschaft und Armee. Hierzu stellt sich der Autor die Frage, ob Misstrauen vor äusseren Feinden oder gewollte Intransparenz Grund sein kann.

Eine umfassende Monografie konnte das Werk so gar nicht werden. Bei allem Tiefgang ist der «zweite Blick auf Eritrea» aber auch ein Reisebuch, dessen erlebnisgeleitete Erzählstruktur ein Miterleben schenkt. Dass neben der Anerkennung der unter den misslichen Umständen erstaunlichen Leistungen Fragen unbeantwortet bleiben mussten, könnte – wie oft im Journalismus – zu subjektiven Hypothesen und Interpretationen führen. Stauffer entgeht dieser Versuchung, er stellt oft einfach Fragen, ohne vorzugeben, dass es die Fragen der Eritreer seien – deren Ziele und Werte müssen sich nicht mit unseren decken. Respekt statt Arroganz ist eine Haltung, die den Autor nicht nur die acht Reisen – die erste davon führte ihn in die kaum zugänglichen Rückzugsgebiete der Befreiungsfront – gelehrt haben. Diese Haltung zeugt von 45 Jahren teilnehmendem Interesse und Engagement Stauffers für den afrikanischen Kontinent.